

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ersteinst
an allen Wochentagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 46 Pf.
bei allen württ. Postämtern
und Beten im Orts- u. Bach-
bezirksverkehr wochentl. 10 L.
ausserhalb desselben M. 1.
hieszu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verständigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßfern,
Enzklösterle u.

amtlicher Fremdenliste.

Twoerate nur 8 Pf.
Nuszwürige 10 Pf. die mono-
spaltige Harmonische.
Reklamen 15 Pf. die
Feitzelle.
Bei Wiederholungen compo-
ribat.
Abonnement
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwald er Wildbad.

Nr. 41.

Freitag, 19. Februar

1908.

Die wirtschaftl. Hebung der Arbeiterbevölkerung.

Die von dem sozialdemokratischen Volkswirtschaftler Richard Calwer herausgegebene Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt:

Eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs liegt hinter uns. Sie war nicht von so langer Dauer wie die, die 1895 einsetzte. Von 1895 bis 1900 war fast ein Jahr besser als das andere, während die letzte Aufschwungsperiode nur von 1904 bis 1907 dauerte. Unterbrochen waren die beiden Perioden wirtschaftlicher Entfaltung durch drei Jahre gewerblichen Rückganges. Im ganzen hat während der letzten dreizehn Jahre das Deutsche Reich ein wirtschaftliches Aufstiege zu verzeichnen, wie ein zweites Land der Erde. Da mit Recht, ob und in welchem Grade die Arbeiterbevölkerung an diesem Aufschwung teilgenommen hat. Vielfach wird eine solche Teilnahme bestritten, teilweise wird sie in beschränktem Maße zugestanden, jedenfalls fehlte es aber an einem genauen Ausdruck des Grades, mit dem die Arbeiterbevölkerung an den steigenden Erträgen unserer Erzeugung teilgenommen hat. Und doch besitzen wir die Möglichkeit, den Grad der wirtschaftlichen Hebung der industriellen Arbeiterschaft statistisch zu erfassen. Auf der einen Seite geben uns die Lohnnachweisungen der gewerblichen Berufsgewerkschaften Auskunft über die Bewegung des Lohnniveaus der Industriearbeiter, auf der anderen Seite können wir auf Grund der Warenpreise die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes feststellen, wodurch sich dann ergibt, in welchem Grade die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung im Laufe der Jahre gewachsen ist. Die Lohnnachweisungen der Berufsgewerkschaften haben zwar durch Änderungen der Methode Modifizierungen erfahren, im großen und ganzen aber spiegeln sie die Bewegung des Lohnniveaus ziemlich genau wieder. Aus diesen Lohnnachweisungen ergibt sich nun, daß im Durchschnitt aller gewerblichen Berufsgewerkschaften auf eine Arbeitskraft, die während 300 Tage im Jahre beschäftigt ist, im Jahre 1895 ein Jahresverdienst von 746,68 Mark entfiel. Für das Jahr 1906, für das die Nachweisungen der Berufsgewerkschaften erst vorliegen, berechnet sich die Jahreslohnsumme einesollarbeiters im Durchschnitt sämtlicher

berücksichtigten Arbeiter auf 1027,59 Mark. Das Durchschnitts-Lohnniveau hat sich also in den zwölf Jahren 1895—1906 um rund 281 Mark oder um 37—38 Prozent für die Industriearbeiter gehoben. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß nicht alle Schichten der Arbeiterbevölkerung an dieser Lohnsteigerung im gleichen Grade partizipiert haben. Es ist teilweise die Hebung der Löhne sehr stark hinter der durchschnittlichen Steigerung zurückgeblieben. Aber ausschlaggebend für die allgemeine Beurteilung muß eben in erster Linie der Durchschnitt sein, nicht die Abweichungen von ihm. Die Arbeit mag in der genannten Periode auch intensiver geworden sein, nichtsdessenungeachtet ist an einer Steigerung des Lohnniveaus in annähernder Höhe von 37—38 Prozent nicht zu zweifeln. Die Höhe der Löhne ist aber für sich allein für eine wirtschaftliche Hebung der industriellen Arbeiterschaft nicht beweiskräftig. Es ist noch festzustellen, wie die Kaufkraft des Geldes sich in der angegebenen Zeit verändert hat. Diese Veränderung wird in der Weise festzustellen versucht, daß die Bewegung der Warenpreise auf Grund eines arithmetischen Durchschnittes der für die wichtigsten Waren berechnet wird, sondern indem der Preis jeder Ware in dem Verhältnis, in welchem die Ware tatsächlich konsumiert wird, in die Berechnung des Warenpreises in der eingetragenen Weise. Es ergibt sich also, daß die Konsumeinheit im Jahre 1895 mit 4618,55 Mark anzunehmen ist, und daß sie bis zum Jahre 1906 fast bis auf 5662,00 Mark stieg. Die Kosten der Konsumeinheit haben sich also in den zwölf Jahren um 1043,45 Mark oder um 22,69 Prozent gehoben. Dieses Niveau der Warenpreise ist auf Großhandelsnotierungen basiert, dürfte aber ohne erhebliche Änderung auch für die Bewegung der Preise im Kleinhandel zutreffen. Rechnet man unter Berücksichtigung einer noch etwas stärkeren Preissteigerung im Kleinhandel selbst mit 25 Prozent Erhöhung des Warenpreinsniveaus, so ergibt sich als Schlusssatz, daß in den zwölf Jahren 1895—1906 das Lohnniveau der industriellen Arbeiterschaft sich um 12—13 Prozent stärker erhöht hat, als das Niveau der Warenpreise. Die Kaufkraft des Geldes hat um höchstens 25 Prozent abgenommen, der Durchschnittslohn für einen industriellen Arbeiter ist um mindestens 37—38 Prozent gestiegen; die Arbeiter haben den Konsum um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr vermehren resp. verbessern können.

Die Feststellung dieser Entwicklung darf die Arbeiter mit Befriedigung erfüllen und sie anspornen, weiterhin vorwärts zu streben. Die Befriedigung über die erzielten Erfolge ist aber um so berechtigter, als in anderen Ländern die Arbeiterschaft in der nämlichen Zeit keineswegs gleiche Erfolge aufzuweisen hatte. Es liegt nämlich für die Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika eine ähnliche Berechnung vor, die sich allerdings nicht auf ein so gutes Material stützt, wie die Berechnung für Deutschland, die aber allein schon wegen ihres amtlichen Ursprungs Beachtung verdient. Danach stieg in den Vereinigten Staaten das Lohnniveau von 1895 bis 1906 um 26,35, das Warenpreinsniveau um 18,30. Unter Berücksichtigung der veränderten Kaufkraft des Geldes beträgt also die Steigerung des Reallohnes in den Vereinigten Staaten nur etwa 8 Prozent gegen 12—13 in Deutschland. Da in Deutschland also der Reallohn stärker zugenommen hat, so ist er erfreulicher Weise die Differenz zwischen dem höheren Lohnniveau in den Vereinigten Staaten und dem niedrigeren in Deutschland in den letzten zwölf Jahren etwas kleiner geworden.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung der Postdebatte.

Berlin, 17. Febr. Im Reichstag wurde heute die Beratung des Postetats fortgesetzt.

Wiedeburg (Ztr.) führt aus, die Tagelöhner der Postbeamten bedürften dringender einer Erhöhung. Freudig zu begrüßen sei es, daß man endlich den Telegraphenarbeitern Arbeiterausschüsse gewährt habe. Nach und nach müsse für die Telegraphenarbeiter die neunständige Arbeitszeit eingeführt werden. Was die Lohnverhältnisse betreffe, so bleiben noch manche Wünsche der Telegraphenarbeiter unerfüllt. Was das am Samstag geäußerte Verlangen nach einer deutschen Einheitsmarke anlange, so seien seine Freunde die Frage als eine politische an.

Eichhorn (Soz.) kommt auf die vom Abg. Singer der Postverwaltung gemachten Vorwürfe betr. Verletzung des Briefgeheimnisses zurück und führt dafür mehrere Fälle an. Es wäre besser gewesen, wenn der Staatssekretär gejagt hätte, er wolle die betreffenden Fälle untersuchen. Die künstliche Entzerrung sei überflüssig gewesen. Im Fall Schellenberg handle es sich um

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

(Fortsetzung.)

So oft er an den Augenblick dachte, machte er sie verantwortlich für alles, was noch kommen könnte. Was noch aus ihm werden konnte, dazu hatte sie ihn gebracht. Er hatte die Hand geboten; er war ohne Schuld. Dann brütete er, was aus ihm noch werden könnte, und das Schlimmste war ihm nicht schlimm genug, die Schuld zu vergrößern, die er auf sie wälzte. Mit reinem Entsetzen sollte sie sehen, was sie getan, als sie ihn zurückließ. Je näher er drohen sah, was kommen mußte, desto wilder wurde seine Liebe oder auch sein Haß; denn beiden waren bestimmt in dem Gefühl, das sie immer glühender ihm einflößte. Desto gelehriger lernten seine Augen jeden kleinsten Reiz ihrer Gestalt, desto schmerzender nach diese Schönheit durch seine Augen in sein Herz. Diese verruchte Schönheit, die die Ursache all seines Elendes war; diese hochvolle Schönheit, um deren willen der eigene Bruder ihn aus Schuppen und Haus verdrängt und der Betrachtung der Welt und des Weibes selbst preisgegeben. Er hing an, über Gedanken zu brüten, wie er diese Schönheit vernichten könnte, damit sie ein Elend wurde dem Weibe, der um seinen Zweck betrogen, ihn umsonst elend gemacht hatte. Und dachte er sich das ausgeführt, dann lachte er in so wilder Schadenfreude auf, daß seine starknervigen Trinkenmeraden erschrafen, und die Leute, die ihm begegneten, unwillkürlich hielten in ihrem Gang. Und doch war der Gedanke nur ein Vorläufer eines noch schlimmeren. Dazwischen fiel ihm dann der Frohnweissbild ein, sein Traum nach der wilden Tat wurde zur Wirklichkeit; stundenlang stand er bald da, bald dort, wo man Apollonius auf dem Kirchbache arbeiten sah, und blickte hinauf und wartete und zählte. Jetzt müssen die Bretter unter dem Hämmernden brechen, jetzt muß das Tau reifen, daran der Dachstuhl hängt. Jetzt müssen die Leute, die eben noch so gleichgültig aus den Fenstern sehen oder über die Straße gehen, aufschreien vor Schrecken. Dann zählte er immer fieberhafter, der kalte Schweiß rann ihm über die Stirn; und die Bretter brachen nicht, das Tau riß

nicht, die Leute schrien nicht auf vor Schrecken. Und immer wilder lachte er vor sich hin, wenn er nach langen Warten müde und verzweifelt weiter ging: „War's nur mein Unglück, könnt' er mich nur noch elender damit machen, als er mich schon gemaht hat, er wäre längst schon tot. Nur weil mich sein Leben elend macht, lebt er noch. Er will nicht eher sterben, bis er mich ganz elend gemacht hat!“

Diese Furcht ließ ihn nicht los, sie packte ihn immer erstickender. Trug er sie spät in der Nacht heim, dann machte der ruhige Schlaf seiner Frau ihn wütend: Die schlief ruhig, die ihn nicht schlafen ließ! Er setzte sich an ihr Bett und rüttelte sie auf und erzählte ihr leise in das Ohr, was er an ihrem Liebsten tun will. Es waren graufige Dinge. Wenn die Glieder ihr flogen vor Angst und Entsetzen, dann lachte er zufrieden auf, daß er noch etwas hatte, sie aus der stummen Betrachtung zu scheuchen, womit sie sich gegen ihn gewappnet, und vergaß daran minutenlang seine Qual. Dann lachte er fast jovial; er hat ihr Angst machen wollen. Es ist nur einer von Fritz Kettenmairs Späßen. So weit haben sie ihn doch noch nicht gebracht, im Ernst an solche Dinge zu denken. Aber wenn sie Apollonius davon sagt, dann muß er es, und sie trägt die Schuld. Er bewacht ihr jeden Schritt, sie kann nichts tun, was er nicht erfährt. Und läßt sie es ihn durch einen Dritten wissen, so wird er es ihm ansehen. O Fritz Kettenmair ist einer, der —!

Den ganzen Tag über, die halben Nächte geht dann die Frau wie im Fieber umher. An der leidenschaftlichen Angst wächst ihre Liebe zu Apollonius zur Leidenschaft. Und sie kann es nicht hindern, denn die Leidenschaft mehrt wiederum die Angst; vor dem Gedanken der Angst hat kein anderer Platz in ihrer Seele. Hin zu ihm will sie stürzen, ihn mit pressenden Armen umfassen, ihn beschwören — dann wieder will sie in die Dürre — aber es ist ja nur ein wilder Scherz, und sie wird ihn erst zum Ernste machen, sagt sie jemand davon. Sie geht nicht mehr aus der Stube, tritt nicht mehr an ein Fenster vor Furcht! sie will jeden Schritt meiden, jede Bewegung, alles was nur als ein Umsehen nach Apollonius erscheinen könnte. Sie hat nicht mehr den Mut, mit jemand zu

reden, weil ihr Mann es erfahren und meinen kann, sie trägt ihm eine Botschaft an Apollonius auf. Und der Mann sieht ihre wachsende Leidenschaft, sieht, wie wiederum sein Mittel, was kommen muß, aufzuhalten, es nur beschleunigen wird, und wartet und zählt immer ungeduldiger, daß die Bretter nicht brechen und das Tau nicht reißt.

Es war eine trübe, schwüle Nacht. Die Nacht vor dem Tage, an welchem Apollonius die Bekrängung des Turndaches beginnen wollte. Fritz Kettenmair schlich durch die Hintertür auf den Gang nach dem Schuppen, um nach Apollonius' Fenster hinaufzusehen. Wenn er das Licht darin erlöschen sah, dann pflegte er die Hintertür zu verschließen und seinen wässren Reigungen nachzugehen. Seit jener Nacht, wo Valentin die Hintertür mit dem Schuppen Schlüssel geöffnet, hängte Fritz Kettenmair an den Kiesel noch ein Vorlocheschloß. Apollonius war noch nicht zu Bett gegangen. Fritz Kettenmair mußte, Apollonius löschte in seiner eigensinnigen Vorsicht das Licht, wenn er schon in das Bett gestiegen war. Es stand dem Bette fern auf seinem Schreibtisch; dort setzte er es in ein Beden und löschte es, ehe er nach dem Bette ging. Fritz Kettenmair ballte die Faust nach dem Fenster hinauf. Apollonius zögerte ihm auch hier zu lang. Er war müde und ging nach dem Schuppen. Der Schlüssel zur Hintertür schloß auch den Schuppen. Es war dunkel darin.

Wenn der Schieferdecker seine Platten zurichtet, sitzt er rittlings auf einer Bank, in deren Mitte das Hauereisen, sein kleiner Amboß eingeschlagen ist. An eine solche Bank saß Fritz Kettenmair mit dem Wein und nahm den Stoß als eine Aufforderung, sich zu setzen. Durch eine Lücke konnte er nach Apollonius' Fenster sehen; er wollte das Auslösen des Lichts hier erwarten. Der Schieferdecker richtet oft Zimmermannsarbeit, er fährt daher auch ein kleines Zimmerbeil unter seinem Werkzeuge. Ein solches hatte auf der Bank gelegen; es war herabgefallen, als er sich setzte.

(Fortsetzung. folgt.)

eine perfide Demagogie. Die Postverwaltung sollte viel vornehm sein, in einem solchen Fall vorzugehen, aber nicht wenn Schellenberg Sozialdemokrat und Beamter wäre, so sei doch das Verhalten der Postverwaltung nicht zu rechtfertigen. Der Staatssekretär habe implizite gesagt, daß jeder Sozialdemokrat mit einem Male befaßt sei. Eine derartige Bezeichnung einer großen Partei sei eine Unverschämtheit. Präsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Bravo! rechts. Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Eichhorn: Die Verwaltung über den Terrorismus aus, den sie der Sozialdemokratie so oft zum Vorwurf mache. Der Redner bringt dann Klagen über die Erhöhung des Ortsportos und die Erschwerung des Zeitungsvorlesers vor. Das akademische Studium für die höheren Postbeamten solle mit dazu dienen, den nicht besonders befähigten Söhnen der Bourgeoisie nach ihrer Korpsstudentenzeit ein Referat zu sichern. Die Besoldungsvorlage müsse baldigst an den Reichstag kommen. Auch die Sozialdemokratie verlange eine gebührende Berücksichtigung der gerechten Wünsche der Beamten. Eine Einschränkung des Petitionsrechts der Beamten dulde keine Partei nicht. Mit dem Bestehen der gehobenen Stellen werde nur eine Art Günstlingswirtschaft groß gezogen und Unzufriedenheit unter die Beamten gebracht. Durch die geringe Bezahlung würden die Beamten dem Verbrechen geradezu in die Arme getrieben. Wenn die Postverwaltung den Beamten das Koalitionsrecht verweigere, so habe sie die doppelte Pflicht, gute Löhne zu zahlen. Ein ganz kleiner Fortschritt seien die Arbeiterausschüsse der Telegraphenarbeiter; aber eine Besserung werde erst dann eintreten, wenn man vom Staatssekretär keine solchen kurzfristigen parteigehässigen Neuerungen mehr hören werde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Paasche ruft den Redner zum zweiten Mal zur Ordnung.

Staatssekretär Kräfte wendet sich gegen den Vorredner. Nach wie vor seien die Beschuldigungen Singers Verdächtigungen. Der Vorredner habe sich in Allgemeinheiten bewegt und auf frühere Fälle zurückgegriffen, die aber gleichfalls in das Gebiet der leichtfertigen Verdächtigungen schlugen. Es müßten Namen genannt werden. Was den Vorwurf der Unduldsamkeit gegen Andersdenkende betreffe, so erinnere er daran, daß ein sozialdemokratischer Führer gesagt habe: „Wer nicht pariert, fliegt hinaus!“ (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zustimmung bei den anderen Parteien.) Daß eine Verurteilung in einem Untersuchungsprozeß gegen einen Postbeamten mit zu geringer Besoldung entschuldigt worden sei, sei ihm nicht bekannt.

Gamp (Reichsp.) führt aus, wenn Singer dabei bleibe, daß die sozialdemokratischen Korrespondenzen systematisch überwacht würden, so müsse er Namen nennen, das sei seine Pflicht und Schuldigkeit. Bezüglich der Personalreform stimme er Kopich zu, daß die Reichspostverwaltung noch nicht weit genug gegangen sei. Das System der gehobenen Stellen sollte weiter ausgebaut und auf die Postbeamten zweiter Klasse ausgedehnt werden. Der Beschäftigung von Damen habe man zu enge Grenzen gezogen. Die Frage des Ortsportos sollte man zunächst ruhen lassen. Eine Portoverminderung bei Massenauslieferung von Drucksachen werde der Staatssekretär hoffentlich nochmals erwägen. Gamp schließt, das Petitionsrecht der Beamten solle nicht beschnitten werden. Die Beamten dürften aber nicht vergessen, daß sie Pflichten den Vorgesetzten gegenüber haben.

Dug (Ztr.) tritt für baldige Einführung des Postfachverkehrs ein und regt eine Verbesserung der Postverbindung zwischen Nord- und Süddeutschland bezüglich der Versendung von Postpaketen an.

Böhme (Wirtsh. Vgg.) erklärt die Bestimmungen über die Auflösung der Arbeiterausschüsse als bedenklich und zu scharf. Der Telephondienst an Sonntag-Nachmittagen sei zum großen Teil überflüssig, ebenso der Schalterdienst an Sonntagen von 12 bis 1 Uhr.

v. Derpen (Reichsp.) bittet um Berücksichtigung der Petition der Militärärzte auf Anrechnung ihrer Militärdienstzeit.

Nach weiterer Debatte wird das Gehalt des Staatssekretärs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Die Abstimmung über sämtliche Resolutionen wird auf Vorschlag des Präsidenten bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Bei dem Titel „Gehälter der Vorsteher“ betont Erberger nochmals, daß die Postdirektion nicht loyal gehandelt hätte, als sie sich gleichzeitig mit ihren Wünschen an die Abgeordneten gewandt haben. Redner wünscht an Stelle des akademischen Studiums den Besuch von Fachschulen.

Staatssekretär Kräfte hält das Vorgehen der Postdirektoren noch jetzt für falsch. Von einer Nachwirkung sei nicht die Rede. Für die höhere Laufbahn müsse eine bessere Vorbildung vorhanden sein. Die Befürchtung, daß eine Beschränkung von weniger Bemittelten eintrete, sei nicht zutreffend.

Ahlhorn (Ztr. Vp.) tritt für die verlangte Erhöhung des Urlaubs der Beamten ein.

Staatssekretär Kräfte betont, daß wesentliche Fortschritte gegen früher erreicht seien.

Gröber (Ztr.) ist mit dem akademischen Studium einverstanden.

Um 6^{1/4} Uhr wird die Weiterberatung auf morgeschonachmittag 1 Uhr vertagt.

Rundschau.

Zur Reichspolitik.

Am Sonntag fand in Ladenburg die Landesversammlung der Nationalsozialen Badens statt. Zur Reichspolitik wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Ladenburg tagende Landesversammlung der Nationalsozialen Badens hält die Reform des preussischen Wahlrechts nicht für eine preussische Landesangelegenheit, sondern für die Reichsangelegenheit. Sie erblickt in Bülows Ablehnung der Wahlreform und namentlich an seinem Fest-

halten an der öffentlichen Stimmabgabe eine Mißachtung des deutschen Liberalismus und eine Täuschung des Vertrauens, das der Reichstanzler selbst bisher von den liberalen Parteien beansprucht hat. Sie hätte in einer offenen Abjage an die Reichspolitik des Reichstanzlers die richtige Antwort auf dessen Herausforderung gesehen, erwartet jetzt aber um so bestimmter, daß die Linksliberalen nie auf das Reichstagswahlrecht für Preußen, so überhaupt auf eine Gestaltung der Reichspolitik hinarbeiten werden, wie sie im badischen Großblock bereits verwirklicht ist.“

In der Generalversammlung des Demokratischen Vereins in Karlsruhe brachte Abg. Reimburger in seinem Referat folgenden zum Ausdruck:

„daß an dem Fortbestand der Reichstanzlerschaft Bülow's der Linken nichts mehr gelegen sei; wenn auch sein Nachfolger wieder eine Mehrheit mit dem Zentrum suchen werde, so werde doch eine parteipolitische Befreiung eintreten. Allerdings sei eine freihändlerische Gestaltung des Reichsvereinsgesetzes zu versuchen, das nicht allein vom süddeutsch-radikalen Standpunkt aus zu betrachten sei, sondern solidarisch als ein nationaler Fortschritt, der auch auf Süddeutschland befreiend zurückwirken werde, wenn der Vorstaat Preußen auf freihändlerische Grundlagen gestellt werde. Seit dem 10. Januar sei aber der letzte Anlaß gefallen, noch Rücksichten auf den Reichstanzler und die Rechte im Reichstage zu nehmen; es werde fortan gelten, die in Angriff genommenen Aufgaben lediglich nach ihrem sachlichen Gehalt und ihren liberalen Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen und zu behandeln, ohne Anbetracht dessen, durch welche Mehrheit ein Gesetz zustande kommen könne. Kame so ein brauchbares Vereinsgesetz im Reichstag gegen die Konservativen zustande, und der Reichstanzler würde diesen Konservativen zu lieb etwa die Gesetzesvorlage wieder zurückziehen, dann hätte wenigstens der Liberalismus die Pläne nicht vorzeitig ins Korn geworfen, dagegen lägen dann die Karten der Reichspolitik offensichtlich auf dem Tisch und die Linke hätte keinen Anlaß mehr, für die von diesem Reichstanzler inaugurierte Reichsfinanzreform sich irgendwie zu engagieren. Und dieser Augenblick würde auch eine sachliche wirksame Abjage an den Fürsten Bülows bedeuten, die am 10. Januar als Demonstration erfolgen könnte.“

Der Bund der Landwirte zur Reichspolitik und zur Reichsfinanzreform.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die am Montag im Zirkus Busch in Berlin stattfand und zahlreich besucht war, nahm zur Reichspolitik folgende Resolution an:

„Eingedenk seines Grundgesetzes, des Volkes und des Vaterlandes Wohl über den Streit politischer Meinungen zu stellen, begrüßt der Bund der Landwirte die vom Fürsten Bülow eingeleitete Reichspolitik als den Versuch einer Verständigung im Kampf für die Erhaltung und Förderung der nationalen Güter. Der Bund ist bereit, hierbei mitzuarbeiten und ähnliche Bünde zu verfolgen. Ueber den Parteien stehend, lehnt er es jedoch ab, sich von der Verfolgung seiner die allgemeine nationale Wohlfahrt anstrebenden wirtschaftlichen Ziele irgendwie abdrängen zu lassen.“

Zur Reichsfinanzreform wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Bund der Landwirte sieht auf dem Standpunkt, daß den Einzelstaaten das Recht der Erhebung direkter Steuern zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts ihres Staatshaushalts unbedingt erhalten bleiben muß, während andererseits das Reich die indirekten Steuern auszubauen hat. Der Bund ist bereit, an einer großzügigen Ordnung der Reichsfinanzen tatkräftig mitzuarbeiten. Er lehnt es aber ab, durch Herausgreifen einzelner Gegenstände die bisherige Fiskalarbeit fortzusetzen.“

Der Kaiser für konfessionelle Trennung der Friedhöfe.

In dem Simmerner Kirchhofstreit hatte gemäß Verfügung des Ministers der Regierungspräsident zu Koblenz verordnet, auch der neu angelegte Kirchhof der Stadt Simmern sei wie der alte konfessionell zu trennen. Hiergegen erhob die Stadt Beschwerde beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz, wurde aber abgewiesen; darauf klagte dieselbe beim Oberverwaltungsgericht zu Berlin, und auch dieses entschied dahin, die Rechtmäßigkeit der angeforderten Anordnung unterliege keinen Bedenken. Nunmehr machte der Stadtrat einen letzten Versuch und wandte sich in einem Immediatgesuch an den Kaiser am 15. Juli 1907. Der Bescheid erging am 29. November und wurde unter dem 3. Januar 1908 von dem Minister des Innern und dem Kultusminister unterfertigt. Nach der „Adm. Volksztg.“ lautet er:

Seine Majestät der Kaiser und König haben uns durch den Allerhöchsten Erlaß vom 29. November v. J. zu ermächtigen geruht, Sie auf das Immediatgesuch vom 15. Juli v. J. betreffend den dortigen Kommunalfriedhof ablehnend zu bescheiden. Die Allerhöchste Kabinetsorder vom 27. August 1899, auf welche sich das Immediatgesuch beruft, spricht ein Verbot konfessioneller Teilung der Gemeindefriedhöfe nicht aus. Vielmehr hat durch die verordnete Aufhebung des Artikels 15 des Dekrets vom 23. Präz. XII nur der Zwang zur Teilung beseitigt werden sollen. So ist die Ober-, von vornherein bei der Veröffentlichung verstanden, und diese, von der Staatsregierung fortwährend selbigehaltene Auslegung ist schließlich auch durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 30. November 1906 gebilligt worden. Ist somit die konfessionelle Teilung als zulässig zu erachten, so ist die Beschlussfassung der Gemeinde über ihre Einrichtung oder Nichteinrichtung nicht unbeschränkt. Die Entscheidung kommt letztlich der Polizeibehörde zu auf Grund ihrer Befugnis, die zur Wahrung der äußeren kirchlichen Ordnung erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die demgemäß von dem Regierungspräsidenten in Koblenz getroffene, eine konfessionelle Teilung des kommunalen Begräbnisplatzes in Simmern anordnende Ver-

fügung ist als zutreffend anzuerkennen, da sie den bestehenden Verwaltungsgrundsätzen entspricht. Dessen zufolge soll gerade im Interesse des von Ihnen besonders betonten konfessionellen Friedens in Bezug auf die Frage der Teilung die in der Gemeinde hergebrachte Ordnung aufrecht erhalten werden, sofern nicht alle Beteiligten (Vertretung der politischen Gemeinde) über eine abweichende Gestaltung einig sind. Mangels solcher Einverständnisses hat auch vorliegend das herkömmliche Verhältnis der Konfessionen am Orte, die bislang gesonderte Friedhöfe haben, als maßgebend anerkannt werden müssen.

Wie ist es nun im Fall von Mißgehen, müssen die Ehegatten verschiedenen Glaubens auch getrennt begraben werden? Die Ehe ist doch in den Augen der Katholiken ein Sakrament. Also gilt auch für sie das Wort der Schrift: „Was Gott zusammengelügt, das soll der Mensch nicht trennen.“ Vielleicht erteilt uns einer unserer Leser sachgemäße Auskunft.

Die Offiziersgehälter.

Die Novelle zu dem Offiziersbesoldungsgesetz soll in den ersten Tagen des März, zusammen mit dem Beamtenbesoldungsgesetz, dem Reichstag zugehen. Die „Milit. Korrespondenz“ teilt folgende Einzelheiten aus der Vorlage mit:

Die Neuregelung der Offiziersgehälter erfolgt, vorläufig bis einschließlich der Hauptleute, unter Zugrundelegung der Dienstzeit und stellt eine Verbindung von Dienststellen- und Altersstufen dar. Für die Subalternoffiziere wird es in Zukunft nur eine Gehaltsklasse geben. Bisher betrug das Gehalt der Leutnants — nach der Infanterie, den berittlenen und den Spezialtruppen unterschieden — zwischen 1290 und 1578 Mark, das Gehalt der Oberleutnants 1890 Mark jährlich. Nach der Novelle beginnt in Zukunft das Leutnantsgehalt mit 1500 Mark jährlich und steigt, unabhängig von der Beförderung zum Oberleutnant, von vier zu vier Jahren, um je 300 Mark bis zu einem Höchstgehalt von 2100 Mark. Für die Oberleutnants beträgt demnach die Aufbesserung 210 Mark jährlich. Die Forderung des Kriegsministeriums für eine vierte Leutnantsgehaltsstufe von 2500 Mark ist auf Betreiben des preussischen Finanzministers — wegen angeblicher Kostendruckung mit ähnlichen Beamtengehaltsstufen — abgelehnt worden. Für die Hauptleute ist ein Grundgehalt von 4000 Mark — gegen das bisherige Anfangsgehalt (2. Klasse) von 3402 Mark — vorgesehen. In zweitemaligem Steigen um je 600 Mark erreicht der Hauptmann mit acht Jahren Dienstzeit in seiner Charge das Höchstgehalt von 5200 Mark (bisher 4602 Mark der Hauptleute 1. Klasse). Eine Erhöhung der Gehälter für Stabsoffiziere im Range eines Bataillonskommandeurs soll erst beantragt werden, wenn die gleich hoch besoldeten Zivilbeamten des Reiches ebenfalls aufgebessert werden können.

Einschließlich der Löhnungsverbesserungen für Unteroffiziere betragen die vom Kriegsministerium angeforderten Mehrkosten etwa 41 Millionen Mark. Der Gesetzentwurf sieht den 1. April 1908 als den Termin für die Gehaltsaufbesserung vor.

Die erforderlichen Mittel sollen — wenn die zitierte Korrespondenz recht unterrichtet ist — auf dem Wege der Anleihe aufgebracht werden.

Rußland und die Türkei.

Es ist schwer zu sagen, was an den Kriegsgerüchten, die jetzt durch die Luft schwirren, richtig ist. Offiziell wird natürlich von beiden Seiten geleugnet, daß ein Angriffskrieg geplant sei, es wird lediglich zugegeben, daß an der Grenze Truppenzusammenschüßungen stattfinden, natürlich zur größeren Sicherheit. Die russische Presse hegt gegen die Türkei wegen der Balkanbahnfrage, es scheint, daß man in Rußland eine Ablenkung der Geister braucht. Andererseits wird von türkischer Seite erklärt, daß die geringfügigen Truppenzusammenschüßungen mit Grenzregulierungen an der persischen Grenze zusammenhängen. Jedenfalls geht auf dem Balkan etwas vor, man weiß nur noch nicht was.

Die Balkan-Bahnprojekte.

Von zuständiger serbischer Seite wird mitgeteilt: Die österreichisch-ungarische Regierung gab der serbischen Regierung ihr Projekt, durch den Sandschal Kowibazar eine Bahn zu bauen, bekannt und erklärte sich bereit, alle Schritte zu unterstützen, die Serbien bei der Pforte unternehmen will, um den Bau einer durch Serbien führenden Donau-Adria-Bahn durchzuführen. In ihrer Antwort erklärte die serbische Regierung, bei der Pforte um die Genehmigung nachzusuchen, die geplante Bahn auszuführen, die von der unteren Donau an der rumänischen Grenze durch das Timoktal nach Niß führen soll, bei Merdar in die Türkei eintritt, die Städte Prishtina und Prizren in M-Serbien berührt, und bei San Giovanni di Redna das Meer erreicht, von wo die Linie nach Dulcigno oder Antivari in Montenegro geführt werden soll.

Tages-Chronik.

Eppingen, 16. Febr. Auf eine Eingabe bei der Generaldirektion der Igl. wirtsh. Staatsbahnen ist beim Gemeinderat folgendes Antwortschreiben eingelaufen: Die Einlegung von Sitzgängen zwischen Heilbronn-Karlsruhe ist von uns bei groß. bad. Eisenbahnverwaltung schon wiederholt, aber bis jetzt vergeblich angeregt worden. Wir würden es nur begrüßen, wenn eine Verbesserung der Verbindung zwischen Karlsruhe und Heilbronn-Nürnberg hierdurch erzielt werden könnte.

Karlsruhe, 15. Febr. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat, wie der „Mannheimer Volksstimme“ von hier gemeldet wird, die Einlegung des Ministers von Marßall zu einem parlamentarischen Abend abgelehnt, weil Marßall als Eisenbahnminister für die Maßregelung Schänfles (das heißt für den auf Schänfles von der Bahnver-

waltung geübten Druck zur Niederlegung des Stadtvorordnungsmandats) in erster Linie verantwortlich sei und sie in der Kammer vertreten habe.

München, 17. Febr. Heute Nachmittag wolte eine von ungefähr 2000 Studenten besuchte Versammlung zu den jüngsten Vorgängen im Falle Schnizer Stellung nehmen. Man schlug zwei Resolutionen vor, von denen die zweite auch ein scharfes Mißtrauensvotum gegen den Universitätsprofessor Dr. Garbenhaver enthielt. Der Rektor, Prof. Dr. Endres, erklärte jedoch, er könne zwar eine Sympathieumgebung gefahren, eine Mißtrauensäußerung dürfe aber in dieser Versammlung nicht verlaubten. Nach einer ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte erklärte ein Student, wenn die Versammlung nicht einmal befragt sein sollte, ein Mißtrauensvotum zu beschließen, so tue der Rektor am besten, sie gleich aufzulösen. Daraufhin löste der Rektor die Versammlung auf.

Köln, 17. Febr. Wie die „Köln. Volksztg.“ aus Voholt meldet, ist der Fürst Salm-Salm zu Anhalt gestern gestorben. Fürst Leopold zu Salm-Salm war am 18. Juli 1838 in Anhalt geboren, 1893 vermählte er sich mit Prinzessin Eleonore von Croÿ, die 1903 starb. Der Verstorbenen war erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses.]

Wien, 15. Febr. Die offizielle „Wiener Abendpost“ wiederholt den bekannten Wunsch des Kaisers Franz Josef, sein Jubiläum nicht durch festliche Veranstaltungen, sondern ausschließlich durch gemeinnützige wohltätige Stiftungen zu begehen, und fordert die Gesellschaft auf, nicht durch einzelne Gaben und Unternehmungen die Kräfte zu zersplittern, sondern sie zur Schaffung eines großen und bleibenden Wertes zu vereinigen. Auch der Ministerrat beschäftigte sich mit der Angelegenheit und beschloß, eine umfassende Fürsorgeaktion für Kinder als Ziel der Bestrebungen zu empfehlen. Der Artikel zählt eine Reihe sozialer und humanitärer Aufgaben dieser Kinderfürsorgeaktion auf und fordert zum Zusammenwirken aller nationalen und sozialen Kräfte unter weitestgehender Mitwirkung der Bevölkerung auf.

Paris, 17. Febr. Nach einer Privatmeldung aus Lissabon wurde der Kommandant der Munizipalgarde vertraulich gefragt, ob er einen von Franco's Anhang vorbereiteten Anschlag zur Beseitigung des Ministers Ferreira und zur Wiederherstellung der Diktatur Franco geneigt wäre. Die ablehnende Antwort des Kommandanten wurde Franco telegraphiert, der schon vorbereitet war, nach Lissabon zurückzukehren. Diese Meldung wird in einem Briefe an den hier wohnenden Republikaner Lima mit dem Befügen bestätigt, daß für den Fall des Scheiterns des Franco'schen Anschlages ein wahres Schreckensregiment in Aussicht stand. Die Nachricht klingt wenig glaubwürdig.

Rom, 17. Febr. Anlässlich des Jahrestages der Hinrichtung von Giordano Bruno hat in Rom am Sonntag im Hinblick auf die in der Kammer bevorstehende Beratung über den Religionsunterricht in den Schulen auf dem Campo di Fiori vor dem Denkmal Giordano Brunos eine von etwa 300 Personen besuchte öffentliche Versammlung stattgefunden, die nach den Reden von vier Sozialisten die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen zu fordern beschloß. Nach der Versammlung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen auch einige Beamte leicht verletzt wurden.

Madrid, 17. Febr. In Barcelona sind zwei Bomben explodiert. Eine Frau wurde sterbend vom Plage getragen, eine andere ist schwer verwundet. Nach einer anderen Meldung sind mehrere Personen teils getötet, teils verwundet worden. D. Neb.)

St. Petersburg, 17. Febr. Die russische Regierung entsendet morgen einen größeren Truppenteil nach Finnland zwecks Demonstration. Ueberhaupt soll Finnland von seinen großen Hoffnungen und Forderungen kuriert werden. Die Ernennung des neuen Generalgouverneurs, Generals Bekmann, befindet entschieden einen reaktionären Akt. Gerharde's Tätigkeit mißfiel sehr; deshalb fiel die Wahl auf einen Militär als Nachfolger, der die Jügel straffer halten soll.

Pittsburg, 17. Febr. Das Wasser des Alleghany-Stromes fällt langsam. Ueber 20 000 Mann sind infolge des Hochwassers beschäftigungslos und vermehren so die schon große Anzahl der Arbeitslosen. Tausende von Menschen haben sich in das 2. Stockwerk der Häuser geschlüpft. Lebensmittel gelangen durch Polizeibeamte in Booten zur Verteilung. Niedrige Schätzungen beziffern den durch das Hochwasser angerichteten Schaden auf 2 Mill. Dollars.

Aus Pforzheim wird geschrieben: Die Meldung, daß die beiden Lehrlinge einer hiesigen Bijouteriefabrik, welche vor einigen Monaten mit 50 000 M. unterschlagenen Geldern flüchtig gingen, in Kairo verhaftet wurden, nachdem sie schon eine größere Summe durchgebracht hatten, ist unrichtig. Es handelt sich um einen hiesigen Kaufmannslehrling und einen Mittelschüler, die hier an Kaisergeburtstag ohne Mitnahme fremder Gelder aus Abenteuerlust durchbrannten und jetzt von Kairo aus schreiben, daß sie völlig abgerannt seien. Beide bleiben jetzt mit Einwilligung ihrer Eltern in Kairo in dortigen Geschäften.

Der mit der Untersuchung in der Friedberg-Affaire betraute Kriminalkommissar Müller hat wegen Verdorfer Uebertreibung seine Entlassung genommen. Die Verdorfer Uebertreibung des Kriminalkommissars Müller hatte den Beamten dazu geführt, eine Reihe von Verhaftungen vorzunehmen, die bei näherer Prüfung nicht aufrecht erhalten werden konnten (u. a. wurde auch ein Berichterstatter des Lokalanzeigers verhaftet.) Eine der ersten Anklagen, die der Untersuchungsrichter vorgenommen hat, war die Haftentlassung des Rechtsanwalts Caro. Dieser war, wie berichtet, auf Veranlassung des Kriminalkommissars Müller sistiert und später dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden, weil Fluchtverdacht bezu. Gefahr von Zeugenkollision vorlag. Beide Gründe scheint der Richter nicht für stichhaltig erachtet zu haben, denn der Rechtsanwalt ist auch ohne Stellung einer Kaution gestern abend aus dem Roabiter Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Auch die unter

dem Verdachte der Kuppel und Erpressung verhafteten Schenbalt, Mutter und Tochter, denen eine so verhängnisvolle Rolle in der Affäre Friedberg-Bohn zugeschrieben wurde, sind ebenfalls ohne Stellung einer Kaution mit Zustimmung des Staatsanwalts vom Untersuchungsrichter entlassen worden. Die erhobenen Anschuldigungen konnten nicht aufrechterhalten werden.

Aus Württemberg.

Dienstaachrichten. Uebertragen: die 3. evangelische Stadtpfarrstelle an der Marienkirche in Reutlingen dem zweiten Stadtpfarrer Böhlinger in Brackenheim, die evangelische Pfarrei Obergrünungen, Dekanats Gailbach, dem Stadtpfarrer Gerhard Banz in Künzelsau je eine Finanzamtsstelle bei den Kameralämtern Schornbach dem Finanzassessor Wübenhaus in Kapfenburg und Gaildorf dem Finanzassessor Koch in Wülfingen.

Verzagt: auf eine Resolution bei der Oberrechnungskammer des Kongresses Späts bei dem Bauunternehmer Stuttgart die Eisenbahnstationen Kottler bei der Pöschelwippen Station und Schmittpeter in Laupheim Stadt, gegenseitig.

In den Ruhestand versetzt: den Rechnungsrat Mattes bei der Oberrechnungskammer seinem Ansuchen entsprechend unter Anerkennung seiner langjährigen tennen Dienste, Schullehrer Forthner in Bietzenhausen, Oberamts Münsingen.

Ein neuer General. Aus Berlin wird gemeldet, daß der kommandierende General des 13. (Württembergischen) Armeekorps, General der Infanterie v. Fallois, der erst im vergangenen Jahr das Korps übernommen, sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Als sein Nachfolger wird Generalleutnant Freiherr v. Scheffer-Bohade, Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division genannt.

Stuttgart, 17. Febr. Der Dichter Lenau hat bekanntlich einen großen Teil seines Lebens in Stuttgart zugebracht. Heute Vormittag kurz vor 12 Uhr erfolgte im Beisein einiger Lenau-Anhänger die Enthüllung einer bronzenen Gedenktafel am Hause Friedrichstraße 14, in dem Lenau in dem Hartmann-Reinbeck'schen Kreise verlebte. Die Inschrift der Tafel, die von einer Vorbergründung geziert ist, lautet: Hier weilte Lenau im Hartmann-Steinbeck'schen Kreise 1832 bis 1844. Das Haus ist gegenwärtig im Privatbesitz des Kaufmanns Karl Nagel hier.

Stuttgart, 17. Febr. Unter dem Vorsitz des Ministers v. Bischof fand letzten Samstag im Landesgewerbe-museum in Anwesenheit der interessierten Gemeindevorsteher, mehrerer Vertreter der Stadt Stuttgart und der Stuttgarter Straßenbahngesellschaft eine vierstündige Verhandlung statt, deren Ergebnis kurz dahin zusammengefaßt werden kann, daß die Stuttgarter Straßenbahngesellschaft in aller nächster Zeit die Konzessionsurkunde zur Ausführung der Vorortsbahnen erhalten wird. Demnach ist die Inbetriebnahme der zunächst auszuführenden Strecken, wenn auch nicht dieses Jahr, so doch bestimmt für nächstes Jahr zu erwarten. Vorbehalte werden zu Gunsten der Gemeinden Eßlingen und Ludwigsburg (spätere Ausführung bei Garantie der Rentabilität der Bahn) aufgenommen. In Anbetracht dessen, daß die Strecke Juffenhausen-Ludwigsburg für die beteiligten Gemeinden einen Kostenaufwand von über 80 000 Mark verursachen würde, soll von deren Ausführung abgesehen werden.

Stuttgart, 17. Febr. Am gestrigen Tag legte der frühere langjährige Vorstand des württ. Volksschullehrervereins, Oberlehrer a. D. Honold hier, sein 80. Lebensjahr zu. Die „Volksschule“ das Organ des Vereins, schreibt zu diesem Ehrentag Honolds u. a.: „Ein gut Stück Ständes- und Vereinsgeschichte steht in dem ehrwürdigen Greise verkörpert vor uns, der sich noch guter geistiger Frische erfreut und nur durch ein Augenleiden an die Tage erinnert wird, von denen man sagt, sie gefallen uns nicht. Erinnerung sei an das Wachstum des Vereins unter Honolds besonnenen, tatkräftigen Leitung; erinnert sei weiterhin an die Fälle von Arbeit, welche die gesetzgeberischen Maßnahmen der Jahre 1895, 1899, 1905 und 1907 von seiten der Vereinsleitung erforderten; erinnert sei auch an den 1894 in Stuttgart gehaltenen Deutschen Lehrertag, der unseren Verein als ganzes zum erstenmal in engere Fühlung mit den übrigen deutschen Lehrervereinen brachte, und erinnert sei zum Schluß an die immer umfangreicher sich gestaltende Tätigkeit als Redakteur unse-res Vereinsorgans.“

Stuttgart, 18. Febr. Die Bildung eines Süddeutschen Betriebskrankentassen-Schubverbandes wurde in Stuttgart vollzogen. Es handelt sich um den Zusammenschluß der Fabrikkrankentassen von Württemberg, Bayern und Baden. Es sollen Unterverbände gebildet und diese dem in Eisenach gegründeten allgemeinen Deutschen Betriebskrankentassenverband mit dem Sitz in Essen angegliedert werden.

Stuttgart, 18. Febr. In der Woche nach Ostern wird der Bund deutscher Bodentierhalter hier seine Tagung abhalten. Unter den Referenten befindet sich, wie wir hören, auch unser Landsmann, Professor A. Wagner-Berlin, der über staatliche Zinwohnersteuer reden wird. Außerdem sind u. a. noch Vorträge über Erbbaurecht, Wasserkräfte und Kanalbauten vorgesehen.

Reutlingen, 1. Febr. In der gestrigen Sitzung der Handelskammer, unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Fischer, bildete den Hauptgegenstand der Beratung der Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend Errichtung von Arbeitskammern. Die Kammer begrüßte einmütig die Vorlage als den Versuch einer Einrichtung zur Pflege und Förderung des sozialen Friedens und zwar in der Form durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch zusammengesetzter Arbeitskammern. Dagegen macht sie Bedenken gegen eine zu weit gehende auf einzelne Industriezweige sich stützende Zentralisation geltend, befürwortet vielmehr für Württemberg die Errichtung einer einzigen Kammer mit Gliederung in Berufsabteilungen, Sektionen. Die Kammer ist der Ansicht, daß gerade in sachlich benachteiligten Arbeitskammern für die Behandlung der gemeinsamen Aufgaben und für den Ausgleich des Interessengegensatzes eine günstigere Grundlage geboten ist als in beruflich geschlossenen Arbeitskammern, während die besonderen Angelegenheiten der einzelnen Berufszweige zunächst in den Sektionen beraten werden können. Auch mit Rücksicht auf die nicht unbeträchtlich erscheinenden Kosten empfehle

es sich, eine engere regionale Abgrenzung der Kammer mit sachlicher Gliederung zu treffen. Im allgemeinen wurde der vorliegende Entwurf als eine brauchbare Unterlage für die Schaffung von gesetzlichen Arbeitervertretungen erachtet, jedoch die Ansicht vertreten, daß, da man einer völlig neuen, anderwärts noch nicht erprobten Einrichtung gegenüberstehe, es sich zunächst um einen gesetzgeberischen Versuch handle.

Mergentheim, 17. Febr. Gestern nachmittag fand hier eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, zur Besprechung einer von Adelsheim-Merchingen-Affamstadt nach Mergentheim zu erbauenden neuen Eisenbahnlinie. Den Vorsitz führte Stadtschultheiß Klößbacher von hier. Nach längerer Erörterung wurde eine Resolution gefaßt, wonach es gelte, für Mergentheim einen guten regelmäßigen Verkehr mit dem uns gut gesinnten bairischen Bauland zu bekommen. Alsdann wurde ein Komitee gebildet. Die einzelnen für diese neue Bahnlinie in Betracht kommenden Plätze sind sehr opferwillig und so ist zu hoffen, daß dieser für unsere Stadt so wichtige Strecke ihrer Verwirklichung entgegengeht.

Friedrichshafen, 17. Febr. Das Resultat bei der heute vorgenommenen Stadtschultheißenwahl ist folgendes: Wahlberechtigt sind 672 Bürger. Von diesen haben 614 abgestimmt. Es entfielen auf Amtmann Mayer-Saulgau 543 Stimmen, auf Regierungsassessor Dr. Schmidt-Stuttgart 66 Stimmen, auf Amtmann Doll-Biberach 4 Stimmen. Ungültig war eine Stimme.

Der Kanonier Milotta der 4. Komp. Hohenz. Fusart. Regts. 13 in Ulm hat sich am Samstag nachmittag mit seinem Dienstgewehr erschossen. Als Grund für den Selbstmord ist die Furcht vor bevorstehenden Disziplinar- und gerichtlichen Strafen anzusehen. Wegen Milotta schwebte ein kriegsgerichtliches Verfahren wegen schwerer Körperverletzung, begangen an einem Rekruten durch einen Zutritt auf den Unterleib.

Gerichtssaal.

Seilbrunn, 17. Febr. Wie die Hbr. J. hört, hat das Schwurgericht im Fall Mohr entschieden, daß dem Freigeiprochenen, dessen Verteidiger auf eine Entschädigung plaidierte, eine solche nicht zu gewähren sei. Dieser Beschluß bestätigt die Annahme, daß das Schwurgericht den Mohr nur mangelnden Beweises halber freigeiprochen wissen will und den Nachweis seiner Unschuld nicht für erbracht hält. Eine Beschwerde gegen diesen Beschluß ist nicht möglich. Es bleibt dem Freigeiprochen lediglich noch der Weg des Gnadengesuchs an das Justizministerium übrig. Die Kosten, die Mohr über die Dauer beider Verhandlungen getragen hat (es handelt sich um etwa 300 Mark) sind ihm ersetzt worden.

Berlin, 18. Febr. Der Schuhmacher Roigt, der bekannte „Hauptmann von Köpenick“ hat infolge eines unheilbaren Brustleidens ein Gnadengesuch mit Befürwortung der Gefängnisleitung eingereicht. Der Kaiser hat durch Entscheidung vom 11. Februar das Gesuch abgelehnt.

Handel und Volkswirtschaft.

Landesprodukte-Märkte Stuttgart

vom 17. Februar 1908.

Mit Ausnahme der hochgelegenen Teile des Landes ist die Schneedecke wieder verschwunden. Witterung und Temperatur waren uneinheitlich, wogegen sich der mäßige Wasserstand wenig verändert hat. Ueber die He-bisfaaten in ihrem demaligen Stadium sind keinerlei ungünstige Nachrichten eingelaufen.

Auf dem ganzen Weltmarkt hat die Bewegung nach unten weitere Fortschritte zu verzeichnen, wenn auch nicht unerwünscht bleiben darf, daß momentan ein Stillstand, ja sogar eine kleine Besserung gegenüber den billigsten Preisen (Freitag) festzustellen ist. Diese scharfe Reaktion erscheint als eine natürliche Folge der großen Verschiffungen von Weizen aus den Häfen Nord- und Südamerikas. Während man durch den glänzenden Ernte-Ausfall Argentiniens über die erhebliche Zunahme seiner Ausfuhrfähigkeit frühzeitig orientiert worden ist, muß die abnehmende Steigerung des nordamerikanischen Exports in hohem Grade überraschen. Nach den vorliegenden Notizen wurden in der abgelaufenen Woche 570 000 Quarter (a 217 5 Kg gegen 435 000 Quarter in der Vorwoche und gar 263 000 Quarter im gleichen Zeitraum 1907 drüber abgeladen. Und dieses riesige Plus konnte bewerkstelligt werden, trotzdem die sichtbaren Borräte noch etwa 2¹/₂ höher sind, wie 1907, trotz der amtlichen Erntestatistik, nach welcher die Ernte von 1907 erheblich kleiner befürchtet wurde, wie 1906. Man hat von dieser Stelle aus schon einmal darauf hingewiesen, daß sich der deutsche Handel von den nordamerikanischen Preisnotizen und Statistiken emanzipieren sollte und wenige Tage nachher hat eine angenehme Zeitung demselben Gedanken Ausdruck verliehen. Heute, nach diesem neuen, das Wirtschaftsleben schädigenden Erfahrungen muß dieser Ruf dieser laut wiederholt werden. Die wenig veränderten, unerheblichen Zufuhren von Rußland, der Donau, Indien und Australien kommen nicht in Betracht.

Von den heimischen Märkten und bayerischen Schrammen werden abermals kleinere Zufuhren berichtet, für welche bei raschem Absatz teilweise sogar etwas bessere Preise ermöglicht wurden. Im übrigen ist die Tendenz eine ausgesprochen flau, obgleich sich bei den gesunkenen Weizenpreisen sowohl im Wochenlauf, wie auch an heutiger Börse vereinzelte Nachfrage gezeigt hat. Dagegen hat Futter-Getreide nur wenig im Preise verloren und bleibt, besonders in greifbarer Ware, geruht. Fernerzuweilen ist noch, daß die Stagnation im Mehlmarkt anhält, weshalb sich ein Teil der heimischen Mühlen zur Einschränkung ihrer Produktion freiwillig entschlossen hat. Auch aus diesem Grunde bewegte sich der Verkehr in engen Grenzen. Im einzelnen wird auf die nachfolgenden Notierungen verwiesen.

Wir notieren per 100 Kilogramm frachtparität Stuttgart, netto Cassa je nach Qualität und Lieferzeit: Weizen württemberg. Nr. 22.25 bis 22.75, fränkischer nominell — bis —, bayerisch r 23 — bis 23.50 M., niederbayerischer — bis —, 00 M., Rumänier 24.25 bis 25 — M., Ukr. 24.25 bis 25 — M., Saronita — bis — M., Roggen-Nyma 24.50 bis 25.25, Walla-Walla — bis — M., Caplata 23 — bis 23.50 M., Amerikaner — bis — M., Californier — bis — M., Australier — bis — M., Keunen 23.25 bis 22.75, Dinkel, 15.50 bis 16 — M., Roggen württemb. 21 — bis 22 —, norddeutscher — bis — M., russischer — bis —, Gerste württemb. 20.50 bis 21 — M., r 17.50 bis 23 —, bayerische 21.50 bis 22.50 M., Lauder — bis — M., Elsäßer — bis — M., ungarische nominell 23 — bis 24.25 M., Roldau nominell — M., Anatolier nominell — bis — M., kaliforn. prima — bis — M., Fu tergerste, russ. 14.50 bis 17 —, Hafer württ. 18.25 bis 19.25 M., russischer — bis —, Rote Caplata 17 — bis 17.50 M., Rizeb — bis —, Yellow — bis —, russisch — bis —, Donau 17 — bis 17.50, Sobrepes — bis —, Mehlpreise pro 100 Kilogramm incl. Sad: Mehl Nr. 0: 33.50 bis 34.50 M., Nr. 1: 32.50 bis 33.50 M., Nr. 2: 31.50 bis 32.50 M., Nr. 3: 30.50 bis 31.50 M., Nr. 4: 29 — bis 30 —, Kleie 11 — M. (ohne Sad).

Für Hals- und Lungenleidende von grösster Wichtigkeit!

Die Herren Dr. med. J. Schaffner & Co., Berlin-Grünwald, offerieren allen Hals-, Brust- und Lungenleidenden in*) Wildbad ein tausendfach bewährtes Pflanzenheilmittel zur Probe völlig kostenlos.

Mehr wie 8000 Patienten (Kerze und Laien) haben in einem Zeitraum von wenigen Jahren aus freiem Antriebe — in mitunter begeistertsten Worten — über die Wirkung der Pflanze, aus der das Mittel hergestellt wird, berichtet. Die mit ihr erzielten Erfolge waren in vielen Fällen geradezu verblüffend und übertrafen selbst die höchsten Erwartungen. Zwei Wiener Aerzte, die mit der Pflanze die eingehendsten Versuche angestellt haben, berichten von wahrhaft überraschenden Resultaten, selbst noch in Fällen, die jahrelang jeder anderen Behandlung trogten.

Wenn 8000 Kranke aus eigenem Antriebe, geleitet lediglich von dem Gefühl der Freude über den gehaltenen Erfolg, die Vortrefflichkeit eines Heilmittels bezeugen, so dürfte damit der Beweis für dessen Güte vollumfänglich erbracht sein. Nichtsdestoweniger wünschen aber die Herren Dr. med. J. Schaffner & Co., daß jeder Patient sich selbst davon überzeugen möge, ob das Mittel das ihm von so vielen Menschen gespendete Lob auch wirklich verdient, und laden sie daher zu einem kostenlosen Versuche ein. Sie bieten jedem eine **kostenfreie Probe** an, der seine Adresse einschickt und seinem Briete 20 Pfg. für Porto etc. beifügt. Die Zusendung erfolgt alsdann postwendend franko. Jeder Probe wird eine belehrende, aus der Feder eines praktischen Arztes stammende Broschüre (keine bloße Reflektionsbroschüre, sondern auch wertvoll für jeden, der zurzeit eine andere Kur gebraucht) ebenfalls völlig kostenlos beigelegt.

Möge jeder, der an einem **chron. Katarrh, alten Husten, chron. Heiserkeit, Verschleimung, Asthma, chron. Bronchitis** oder **der Lungen- und Brustschwindel** erkrankt ist, in seinem eigenen Interesse von diesem Angebot Gebrauch machen! Er wird den kleinen Versuch, der ihm noch dazu kostenlos angeboten wird, nie bereuen!

Drucksachen aller Art

steht schnell und preiswert her **B. Hofmannsche Buchdruckerei.**

Baders

Most-Konserven

Keine Chemikalien. Nur Früchten ist vom natürlichen Obstmost kaum zu unterscheiden.

Das Liter nur 6 Pfennig,
das Paket, 50 Liter 1,60 Mk., 100 Liter 3 Mk.,
150 Liter 4,50 Mk.

Adolf Krumm.



Innerhalb 24 Stunden wird bei **Louis Löffler** Uhrmacher

in Calmbach eine Uhr — gleich ob Wand- oder Taschenuhr — auf die Minute gehend

repariert unter Garantie für 1 Jahr.

Durch Übernahme der Vertretung einer leistungsfähigen Papierwarenfabrik liefert die

Bernh. Hofmann'sche
::: Buchdruckerei :::

Düten o. Beutel
Kaffeetaschen

mit oder ohne Firma
zu Fabrikpreisen

MUSTER

sowie Preisliste stehen zu Diensten.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur E. Reinhardt, daselbst.

== Kostenlos ==

erhält jeder auf Wunsch

unser Kursbuch für Württemberg, Baden und Hohenzollern etc., Winter-Ausgabe pro 1907/08, 156 Seiten, unsern Kalender pro 1908, in Buchform, 108 Seiten stark, unsern Wand- und Notizkalender pro 1908.

unser Verkehrskarte von Süddeutschland mit genauer Angabe der Kilometer-Entfernungen, ohne weiteres sofort

das Unterhaltungs-Blatt, 6 mal pro Woche, die Gemeinnützigen Blätter, 1 mal pro Woche, wer vom 1. März 1908 auf unser Blatt abonniert.

Post-Abonnement für Monat März frei ins Haus — 65. Mk.

Oberndorf a. Neckar.

Das Wahrzeichen Oberndorfs aber ist der „Schwarzwälder Bote“ ein Zeitungsunternehmen so populär, so geliebt und alt eingewurzelt, so verbreitet und weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus beliebt, wie es nur wenige in deutschen Landen gibt. Er ist es, der mit der Waffenfabrik Mauser den Namen Oberndorf so bekannt gemacht hat.

(Anzuzug aus dem „Internationalen Reisealbum“, Ausgabe 1902, Verlag in München).

Ein bayerisches Blatt schreibt an einen Inserenten: „Was nun eine württ. Südd. Zeitung betrifft, die Sie empfohlen haben möchten, so glaube ich, dass sich am besten der „Schwarzwälder Bote“, der in Oberndorf in Württemberg erscheint, eignen würde, wenigstens erhielten wir öfters Zuschriften in denen uns mitgeteilt wird, dass ausser unserer Zeitung nur noch der „Schwarzwälder Bote“ einem dem Preise entsprechenden Erfolg gehabt habe usw.“

Ein Inserent aus Stuttgart schreibt einem süddeutschen Blatt vom 12. März 1906: „Gerne werde ich Ihr Blatt meinen Geschäftsfreunden inseration empfehlen — es ist nach meiner Statistik des Erfolges mit dem „Schwarzwälder Bote“, Oberndorf, das erfolgreichste in ganz Süddeutschland, das ich bis jetzt kennen gelernt.“

Schwarzwälder Bote.

Evangel. Kirchendorfer Wildbad.

Heute abend 8 Uhr

Probe

für Damen und Herren
Der Vorstand.

Kanaria- u. Vogelzüchter-Verein Wildbad.

Morgen abend 8 Uhr
Ausflugszug
im Gasth. zur Eintracht.
Der Vorstand.

Schützenverein Wildbad

Der Rest der bestellten
Vereinsabzeichen
kann bei Herrn August
Bechtle in Empfang genommen
werden.

Das Schützenmeisteramt.

Eine hochtrachtige
= Ziege =

hat zu verkaufen.

Zu erfragen im Verlag ds. Bl.

Einen noch gutenhaltenen

Kinderwagen

hat zu verkaufen.

Wer? sagt der Verlag ds. Bl.



Modern

und von unübertroffener Haltbarkeit sind die weltbekanntesten

Spießstiefel

Beste Rohmaterialware.

Für Damen und Herren.
Alleinvertreter für Wildbad u. Umgebungen

Wilhelm Treiber
Schuhmachermeister

Beim König Karls-Bad

Hinter Hotel Klump

Anfertigung nach Maß.
Reparaturen prompt und billig.

Neu eingetroffen:

sind wieder abgepackte Stoffe zu Damenkleidern, Blusen, Schürzen, Bettjaken, Hemden, Bettbezügen etc., ferner Waffelbettdecken, Jaquarddecken, Tischdecken, Betttücher, Handtücher und verschiedene andere Artikel.

Größte Auswahl zu den bekanntesten billigen Original-Einheitspreisen. Eine schöne Musterkarte mit Damenkleidern und Blusenstoffen, die neuesten Dessins enthaltend, liegt zur gefälligen Benützung auf. Zu geneigter Abnahme hält sich empfohlen

Fr. Schulmeister.

Ein Mädchen

im Alter von 15—16 Jahren, welche ihre Schlafstelle zu Hause nehmen kann, wird über die Saison gesucht.

Villa Carmen,
Parterre

Weiss- und Rot-Weine

(über die Straße) in verschiedenen Preislagen.

Fr. Kessler
Weinhandlung.

2 durchaus solide Mädchen suchen

Saisonstelle als

Zimmermädchen.

Offerten erbitte an Anna Frisch,

Stuttgart, Hölderlinstr. 8.

Hotel und Private!

Im Wiederverfüßern von Hotel-Bestecken verkupfern, vernickeln sowie das Ausbeilen u. Wiederverzinnen von Kupfergeschirren (bleisfrei) empfiehlt sich

E. Biermann, Forzheim
Leopoldstraße 6.

Eine neue goldene

Herren-Uhr

mit Springdeckel hat zu verkaufen.

Näheres in der Exped.

Für Hotels und Pensionen

empfehle erstklassige, süddeutsche und westfälische Fabrikate in

Tafeltücher, Servietten, Handtücher.

Das Einweben von Namen und Wappen bei einem Mindestquantum von 10 Duzend Servietten oder Handtücher kostenlos.

Ferner empfehle Calme für Tischunterlagen in 80, 90, 100, 110, 115, und 120 cm. breit, stets am Lager.

Ph. Bosh, Wildbad.

NB. Muster, auch persönlicher Besuch stehen auf Wunsch gerne zu Diensten.

IV. Grosse Geld-Lotterie

zu Gunsten des

Württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz

und des

Vereins für Krankenpflegerinnen in Stuttgart.

1649 Geldgewinne mit zusammen 45 000 Mk.

Hauptgewinne 15000 Mk. 5000 Mk.

Preis pro Los 1 Mk.

Ziehung am 26. Februar 1908.